

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 36 (1957)
Heft: 4

Buchbesprechung: Blick in die Zeitschriften

Autor: Fabian, Walter

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wahrung der Rechte und Freiheiten der Person beim Minister-Résident Lacoste einzusetzen.

Als Sozialisten protestieren wir mit aller Entschiedenheit gegen solche Terrormethoden und Repressalien. Wir wissen wohl, daß der Krieg nie menschlich geführt werden kann; und ein Befreiungskampf vielleicht noch weniger, weil die gesamte Bevölkerung ihn unterstützt. Wir haben gegen die Gewaltmethoden Hitlers und Stalins mit Empörung protestiert; wir haben den Polizeiterror und die Brutalitäten der Russen in Ungarn gegen den Freiheitskampf des Volkes gebrandmarkt. Wir können nicht schweigen, wenn eine sozialistische Regierung in einem Kolonialkrieg die gleichen oder ähnliche Methoden anwendet. Wir dürfen von einer Regierung, die unter der Führung demokratischer Sozialisten steht, eine andere Kriegführung erwarten, und vor allem eine Politik, die dem Krieg ein gerechtes Ende setzt, das heißt auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker, ihre Regierung, ihr Schicksal und ihre Freunde frei zu wählen. *J. H.-D.*

Blick in die Zeitschriften

In *Accra*, der Hauptstadt des neuen afrikanischen Staates *Ghana* (bisher Goldküste) fand kürzlich die erste *afrikanische* Regionalkonferenz des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften statt. Als der IBFG 1949 gegründet wurde, schlossen sich ihm nur drei afrikanische Organisationen mit etwa 28 000 Mitgliedern an; heute hat allein in Ghana der Gewerkschaftsbund über 100 000 Mitglieder, und in ganz Afrika sind dem IBFG 1,5 Millionen Mitglieder angeschlossen, die sich auf 24 Organisationen aus 18 afrikanischen Staaten und Gebieten verteilen. Als Ziel für die nächste Regionalkonferenz in zwei Jahren wurde eine Mitgliederzahl von 5 Millionen organisierter afrikanischer Gewerkschafter festgelegt.

Dies und vieles andere für uns sehr Wissenswerte, erfährt man laufend aus der in Brüssel (24, rue du Lombard) in deutscher Sprache erscheinenden Monatsschrift *«Freie Gewerkschaftswelt»*. So sind in Nr. 80 die wichtigsten Dokumente über die afrikanische Gewerkschaftskonferenz abgedruckt, an der auch Vertreter der asiatischen und europäischen Regionalorganisationen, der amerikanischen, britischen und französischen Gewerkschaften und Internationaler Berufssekretariate teilnahmen. In einer *«Erklärung der Rechte der Arbeiter Afrikas»*, deren feierliche Sprache an die *«Erklärung der Menschenrechte»* oder an das *«Kommunistische Manifest»* erinnert, wurde das Recht verkündet, sich in freien und unabhängigen Gewerkschaften zu organisieren; ferner wurde der Anspruch auf gleichen Lohn für gleiche Leistung, auf soziale Sicherheit und gute Arbeitsbedingungen eindrucklich erhoben.

In einem weiteren Dokument wurden die Hauptlinien eines Wirtschafts- und Sozialprogramms für Afrika beschlossen. Die afrikanischen Gewerkschaften sind sich bewußt, daß sie nicht nur die Ausbildung ihrer Funktionäre im Auge haben müssen, sondern daß es eines ihrer wichtigsten Nahziele ist, den jungen afrikanischen Staaten (und den noch in der Entstehung begriffenen) die so dringend benötigten gut durchgebildeten und verantwortungsbewußten Männer und Frauen für die führenden Posten in allen Zweigen der staatlichen Verwaltung, der Wirtschaft usw. zur Verfügung zu stellen. Ein-

deutige politische Beschlüsse der Konferenz proklamieren unerbittlichen Kampf gegen Kolonialismus und alle Diktaturen, gegen die Rassenunterdrückung in Südafrika und für die Rechte der Afrikaner in Algerien, Kenia und Nordrhodesien. Was *Algerien* betrifft, so enthält übrigens das gleiche Heft von «Freie Gewerkschaftswelt» wahrhaft erschütternde Dokumente über den Terror gegen die algerischen Gewerkschaftsführer; der IBFG, der mit bemerkenswerter Energie und Unabhängigkeit gegen diese verhängnisvolle Politik ankämpft, mußte schließlich beim Internationalen Arbeitsamt Klage gegen die französische Regierung einreichen.

Organisatorisch wurde die Gründung von drei Gebietsausschüssen des IBFG für Nordafrika, Westafrika und Ost-, Zentral- und Südafrika beschlossen; sie werden durch einen Allafrikanischen Rat verbunden sein, der den ganzen Kontinent repräsentiert.

Eine gute Ergänzung des in «Freie Gewerkschaftswelt» Berichteten bietet ein Artikel «*Ein Wendepunkt in Afrika*», der in der Märznummer der im 12. Jahrgang erscheinenden «*Internationalen Freigewerkschaftlichen Nachrichten*» veröffentlicht ist. Die gleiche Ausgabe dieses vom «Komitee der AFL-CIO für freie Gewerkschaften» publizierten Organs enthält das vom Exekutivrat der AFL-CIO im Februar beschlossene Programm für den *Mittleren Osten*, das konkrete Vorschläge für einen dauernden Frieden zwischen den arabischen Staaten und Israel und zur Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts im Mittleren Osten unterbreitet.

Andere Aspekte des vielschichtigen Problems Afrika entnimmt man einem instruktiven Aufsatz über das jetzt viel diskutierte französische *Sahara-Projekt* im Märzheft der Zeitschrift «*Antares*» (Mainz, Postfach 371). Man erhält dort die wichtigsten Zahlen über die Pläne für die großzügige Erschließung der Eisenerz- und Kupferlager, für den Abbau von Uran, Wolfram und Zink und über die Erdölzonen der Sahara; bemerkenswert ist der dort zitierte Ausspruch des sozialistischen Staatssekretärs Max Lejeune, «daß Frankreich dank diesem Vorkommen zur viertgrößten Erdölmacht werden könnte».

Das gleiche Heft von «*Antares*» – einer Zeitschrift, die vor allem über Kunst, Literatur, Wissenschaft und Wirtschaft Frankreichs sehr interessant informiert – bringt einen Bericht über den vor einiger Zeit in Paris durchgeführten Kongreß «*Présence Africaine*», den ersten Weltkongreß der schwarzen Schriftsteller und Künstler. Ein weiterer Aufsatz gilt dem aus Martinique gebürtigen Dichter *Aimé Césaire*.

Um noch einmal auf den jungen Staat *Ghana* zurückzukommen: ein recht instruktiver Artikel über seine Entstehung, seine wirtschaftlichen Voraussetzungen und Möglichkeiten sowie über seine politischen und kulturellen Aufgaben findet sich, aus der Feder von Dr. Ernst Rudolf, im Märzheft der vom Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv herausgegebenen Zeitschrift «*Wirtschaftsdienst*». Der fünf Millionen Einwohner zählende Staat Ghana ist ja auch deshalb von so großer Bedeutung, weil sein Beispiel bereits auf die Befreiungsbewegungen in weiteren Teilen Afrikas, zunächst in *Nigeria*, zu wirken beginnt; gerade deshalb muß man so sehr wünschen, daß das kühne Experiment von *Kwame Nkrumah* und seinen Mitarbeitern die aktive Unterstützung der Sozialisten und Gewerkschafter in aller Welt finden möge. Wie schwierig die dort zu lösenden Aufgaben sind, ergibt sich zum Beispiel daraus, daß in dem neuen Staat ungefähr 50 verschiedene Sprachen gesprochen werden und daß etwa 80 Prozent der Erwachsenen Analphabeten sind! Heute besuchen 400 000 Kinder die Elementarschulen, 100 000 die Mittelschule, 8600 eine Oberschule, erst 400 eine Fachschule. Etwa 500 Studenten besuchen die Universität in Accra, 300 weitere werden jährlich von der Regierung an ausländische Universitäten geschickt. Aber erst auf der Basis von 5000 Studierenden könnte der dringendste Bedarf des Landes an qualifizierten Kräften gedeckt werden.

Einen grundsätzlichen, zur Diskussion anregenden Aufsatz über «*Die Problematik des Kolonialismus*» finden wir im Aprilheft der «*Deutschen Rundschau*» (Baden-Baden,

Schloßstraße 8). Wir zitieren einige Sätze aus den Ausführungen von *Hans Jäger*: «Das Zeitalter des Kolonialismus neigt seinem Ende zu... Meinungsverschiedenheiten kann es höchstens über das Tempo der Entwicklung geben... Eine Ausnahme bilden nur die südafrikanischen Nationalisten, die den gegenwärtigen Zustand verewigen wollen... Das ist die Situation, und es gilt, daraus die Folgerungen mit Würde zu ziehen, wie es in Indien, Ceylon und Burma geschah. Mit Kommunismus hat das nicht das mindeste zu tun. Dem Kommunismus sind die Kolonialvölker ganz gleichgültig. Er benutzt sie als Werkzeuge, und was er zu bieten hat, ist nur eine andere Unterdrückung. Aber wo dem nationalen Streben Widerstand geleistet wird, ist der Kommunismus der Nutznießer, da Moskau den Nationalisten nicht in der Fratze des Sklavenhalters, sondern in der gleißnerischen Geste des Befreiers erscheint. Nordindochina ist ein warnendes Beispiel dafür, was geschieht, wenn man zu lange wartet.»

Der Verfasser weist dann auch auf die Gefahren hin, die sich aus Rassismus, Nationalismus und undemokratischem Verhalten mancher neuer Staaten ergeben, wobei er unter anderem folgende Länder mit Recht als undemokratisch kennzeichnet: Südkorea, Formosa, Vietnam, Siam, Persien, Irak, Syrien, Yemen, Saudiarabien, Ägypten – ganz zu schweigen «von der großen Zahl autoritärer Regime in Lateinamerika».

Jaegers Schlußfolgerungen lauten: «Das Ende des Kolonialismus hat nur dann einen Sinn, wenn die freigesetzten Kräfte, die bei allem Ressentiment so viel von denen übernahmen, die sie bekämpften, über diese Stufe hinausgreifen... Die Förderung des Antikolonialismus bedeutet nicht Hilfe für den Kommunismus, sondern setzt ihm einen Damm entgegen. Die richtige Erkenntnis ist geradezu die *Alternative* zu einem Abgleiten in Richtung Moskau oder Peking.»

Walter Fabian

Literatur

Herbert Morrison über Demokratie und Parlamentarismus

Der jetzt 69jährige Herbert Morrison war von 1951 bis 1955 Stellvertreter des «Führers der Opposition Ihrer Majestät» im britischen Unterhaus. Zwar hat nur der Oppositionsführer selbst und nicht auch sein Stellvertreter ein vom Staat besoldetes Amt; nichtsdestoweniger ist auch die stellvertretende Führung der Geschäfte der mehr als 270 Mann starken Labourfraktion eine die Energien eines Mannes voll in Anspruch nehmende Beschäftigung. Trotzdem hat Morrison die Zeit gefunden — als aktiver Minister, der er in den Jahren von 1945 bis 1951 war, hätte er das nie tun können —, zunächst eine Broschüre über den englischen Parlamentarismus und dann 1954 eines der umfangreichsten Werke über Parlament und Regierung in Großbritannien zu schreiben, die es überhaupt gibt. Es ist jetzt deutsch erschienen*, und das ist eine erwünschte Gelegenheit, mehr über dieses höchst bemerkenswerte Buch zu sagen. Das Werk, das einer Anregung von Professoren der Universität Oxford seine Entstehung verdankt, spiegelt die ungewöhnlichen Erfahrungen wider, die Morrison in 30 Jahren parlamentarischer Tätigkeit und in vielen Jahren von Regierungsarbeit erworben hat. Herbert Morrison hat unter drei Premierministern (Macdonald, Churchill und Attlee) «gedient» und bekleidete lange die Funktion eines «Führers des Unterhauses», eine spezifisch englische Einrichtung. Er ist ein scharfer Beobachter und hat ein sicheres Urteil. Darum ist seine Beschreibung des Funktionierens von Parlament und Regierung auch für Leser außer-

* Herbert Morrison, *Regierung und Parlament in England*. Aus dem Englischen übersetzt von Herbert Thiele, Fredersdorf. München 1956. Verlag C. H. Beck. 474 Seiten. Ganzleinen DM 24.—.